

# Deutschland in der Kneifzange

Die künftige deutsche Regierung setzt auf Gas, Kohle und Autos.

Das sei schlecht fürs Klima und mache das Land erpressbar, sagt Energieökonomin Claudia Kemfert.

DORINA PASCHER

**C**laudia Kemfert gehört zu den profiliertesten Stimmen der deutschen Klimapolitik. Die Energieökonomin vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) warnt davor, dass Deutschland mit dem Programm der künftigen Regierung Gefahr läuft, seine Klimaziele zu verpassen.

**SN: Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags dauerte es 38 Minuten, bis erstmals das Wort „Klima“ gefallen war. Hat Sie das überrascht?**

**Claudia Kemfert:** Es war leider absehbar, dass der Klimaschutz kaum eine Rolle spielen würde. Schon im Wahlkampf wurde das Thema weitgehend ignoriert. Nicht zuletzt, weil die Medien versäumt haben, es auf die Agenda zu setzen. So konnten sich die Parteien aus der Verantwortung stellen.

**SN: Zumindest: Die schwarz-rote Koalition hat versprochen, am Klimaziel festzuhalten. Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden.**

**Kann das mit dem Programm gelingen? Das halte ich für wenig wahrscheinlich.** Zwar benennt die Koalition halbwegs ambitionierte Ziele, doch es fehlt an konkreten Maßnahmen. Das liegt vor allem an zwei Punkten: Erstens bleibt die künftige Regierung bei den Maßnahmen im Gebäudesektor vage, spricht, ohne Klarheit zu schaffen, davon, das Heizungsgesetz abzuschaffen oder doch nur zu reformieren. Ja, was denn nun? Dabei brauchen gerade Gebäudeeigentümer jetzt verlässliche Rahmenbedingungen. Zweitens bleibt der Verkehrssektor ein ungelöstes Problemfeld.

**SN: Hier kommt der Klimaschutz kaum voran. Derweil betont CSU-Chef Markus Söder: „Wir stehen zum Auto.“ Wie passt das zusammen?**

Um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen, braucht es klare politische Entscheidungen statt zweifelhafter Ankündigungen. Deutschland muss sich endlich vom fossilen Individualverkehr lösen und gezielt in den Ausbau der Bahn sowie einen leistungsfähigen, bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr investieren. Die Förderung der Elektromobilität ist grundsätzlich sinnvoll, wird jedoch durch politische Signale konterkariert, die dem Verbrennungsmotor faktisch Bestandsschutz einräumen. So entsteht der Eindruck, dass die Regierung das Verbrenner-Aus 2035 aufweichen will. Eine solche Unklarheit hemmt Investitionen in zukunftsfähige Technologien.

Was es jetzt braucht, ist verbindliche Technologieklarheit und keine unverbindliche Technologieoffenheit. Nur wenn klar ist, dass ab 2035 keine neuen Verbrenner mehr zugelassen werden, wird die Automobilbranche gezielt in Elektromobilität und moderne Mobilitätslösungen wie Car-sharing investieren. Wer die Verkehrswende will, muss sie auch politisch durchsetzen – mit Mut, Konsequenz und Weitblick.

**SN: Auch die Gaslobby kann sich freuen. Es sollen mehr Gaskraftwerke errichtet werden, außerdem will die Koalition „langfristige Gaslieferverträge mit internationalen Gasanbietern“ ermöglichen. Warum setzen Union und SPD so auf Gas?**

Das ist eine gute Frage. Auch die Ampel-Regierung hat stark auf fossiles Gas gesetzt und den Ausbau von Flüssiggas vorangetrieben – überdimensioniert und bislang kaum ausgelastet. Damit zementiert Deutschland nicht nur eine kostspielige fossile Infrastruktur, sondern begibt sich auch in eine energiepolitische Abhängigkeit innerhalb globaler Machtkonflikte: Die USA drängen auf den Absatz ihres Flüssiggases, während Russland auf Pipeline-Gas setzt – und Deutschland droht, zwischen den gegensätzlichen Interessen zerrieben zu werden – geopolitisch, wirtschaftlich und klimapolitisch.

Aus dieser geopolitischen Kneifzange müssen wir raus. Je länger wir am fossilen Gas festhalten, desto schwerer wird es, die Klimaziele zu erreichen – und desto anfälliger werden wir für politischen Druck von außen. Eine zukunftsfähige Energiepolitik muss auf heimische, erneuerbare Quellen setzen – und auf strategische Souveränität statt fossiler Abhängigkeit.

**SN: Union und SPD wollen eine CO<sub>2</sub>-Speicherung bei Gaskraftwerken – ist das mehr als nur Kosmetik?**

Es ist hochproblematisch, dass die Koalitionäre CO<sub>2</sub>-Speicherung erlauben wollen. Im Rahmen des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben wir ein Sondergutachten zum Thema CCS, also CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung, erstellt. Wir

raten dringend ab, CCS für Gas zu erlauben. Nicht nur, weil die Einlagerung von CO<sub>2</sub> Umweltrisiken birgt, zum Beispiel durch Lecks. Schwerwiegender ist der Effekt auf die langfristige Energiepolitik: Durch das Einlagern von CO<sub>2</sub> wird die fossile Infrastruktur abgesichert und die Abhängigkeit von Gas zementiert. Dies führt zu einer Verzögerung des Übergangs zu einer nachhaltigen Energieversorgung und birgt Klimarisiken, die wir uns nicht leisten können.

**SN: Auch bei Kohle ist keine Wende in Sicht. Der Ausstieg soll erst 2038 kommen. Kann man sagen: Die künftige deutsche Regierung verlängert das fossile Zeitalter?**

Schlimmer noch: Das fossile Zeitalter wird ohne Not verlängert. Ein Kohleausstieg bis 2038 bedeutet, dass Kohlekraftwerke künstlich länger betrieben werden, obwohl sie sich unter den aktuellen Bedingungen des europäischen Emissionsrechtehandels mit einem entsprechend hohen CO<sub>2</sub>-Preis nicht mehr rechnen würden. Das ist nicht nur aus ökologischer Sicht problematisch, sondern auch aus ökonomischer. Je länger fossile Kraftwerke laufen, desto stärker wirkt sich der steigende CO<sub>2</sub>-Preis auf den Strompreis aus. So wird Strom teurer und das steht im Widerspruch zum Ziel der Koalition, den Strompreis zu deckeln.

**SN: Der Klimaschutz wechselt das Ministerium. In der Ampel war er im Außen- und Wirtschaftsministerium angesiedelt, nun wieder im Umweltministerium. Eine Formsache?**

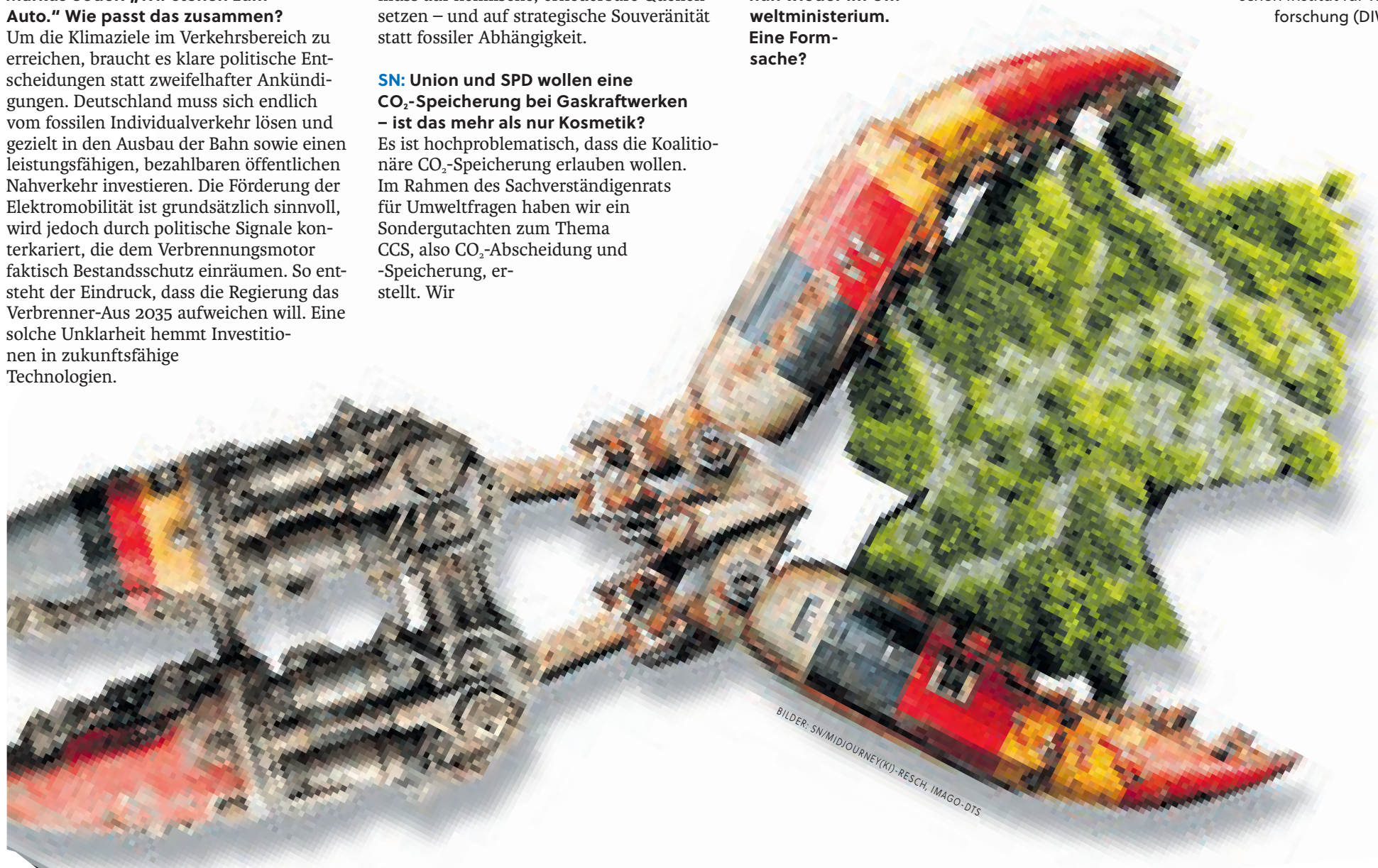
Nein, das macht einen großen Unterschied. Während der Ampel-Jahre stand der Klimaschutz im Zentrum der Politik und war eine wichtige Querschnittsaufgabe. Die Rückverlagerung ins Umweltministerium klingt harmlos, bedeutet aber: Klimaschutz ist nicht mehr strategisches Leitmotiv der Wirtschafts- und Außenpolitik, sondern wird eher zur verwalteten Nebensache. Die Zuständigkeiten sind wieder breit verteilt. Die Konflikte zwischen den Ministerien, wer für welche Maßnahmen verantwortlich ist, werden zunehmen. Das ist kein Signal, dass Union und SPD es ernst meinen.

**SN: Andere Länder blicken darauf, was Deutschland für das Klima macht. Welches Zeichen setzt die Koalition?**

Die künftige Regierung sendet kein ausreichend starkes Signal an die Weltgemeinschaft für mehr Klimaschutz. Stattdessen dominieren andere Themen – vor allem Sicherheit und Migration. Doch sie werden isoliert betrachtet, ohne die tieferen Zusammenhänge zu erkennen: Der Klimawandel ist längst ein zentraler Treiber globaler Krisen und Konflikte. Er verursacht enorme wirtschaftliche Schäden, verschärft geopolitische Spannungen und zwingt Menschen weltweit zur Flucht. Insofern ist es hochproblematisch, dass Deutschland den Klimaschutz politisch an den Rand drängt.

Die Ampel hatte zumindest den Anspruch, Deutschland international als Vorreiter zu positionieren, auch wenn sie sich mit der Umsetzung schwergetan hat. Die neue Regierung droht, diesen Anspruch aufzugeben. Damit würde Deutschland vom ambitionierten Akteur zum Nachzügler. Mit fatalen Folgen für das internationale Vertrauen und die globale Klimapolitik.

**Zur Person:** Claudia Kemfert ist Energieökonomin und leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).



BILDER: SN/MIDJOURNEY(KI)-RESCH, IMAGO-DTS